

Gerhard Pfister

Der perfekte Bundesrat

Der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister wäre der perfekte Nachfolger von Doris Leuthard gewesen – vorausgesetzt, er wäre nicht Parteipräsident und müsste bei den nächsten Wahlen seine Partei nicht auf Vordermann bringen. Ein Gespräch über verpasste Chancen, die Eigenart des Schweizer Systems und seine Schwierigkeiten mit der SRG.

Interview: **Matthias Ackeret** Bilder: **Keystone**

Herr Pfister, bei vielen Bürgern und auch Politikern gelten Sie als idealer Bundesrat. Tut es weh, dass Sie es nicht werden?

Nein, überhaupt nicht. Ich wusste bereits, als ich Parteipräsident wurde, dass Frau Leuthard zu einem Zeitpunkt zurücktreten könnte, an dem ein Wechsel in den Bundesrat für mich keine Option wäre. Gleichzeitig ist jetzt für mich klar, dass ich mich nicht ein Jahr vor den Parlamentswahlen in die Regierung verabschieden kann. Deswegen habe ich mich schon früh mit der Tatsache auseinandergesetzt, unter Umständen nicht Bundesrat zu werden.

Sind Sie mit Viola Amherd als Nachfolgerin von Frau Leuthard zufrieden?

Selbstverständlich.

Nochmals zurück zu Ihnen: Es gibt doch dieses Bonmot, wonach jeder Parlamentarier am Wahltag vor dem Spiegel steht und sagt: «Eigentlich wäre ich der Beste!»

Kein Parlamentarier bringt es nach Bern ohne einen gewissen Ehrgeiz. Insofern stimmt das Bonmot. Aber manchmal habe ich den Eindruck, dass gewisse Leute, die sich als Bundesräte sehen, gar nicht wissen, was auf sie zukommen würde. Ich habe bei Frau Leuthard, die ich sehr gut kenne, einen Eindruck bekommen, was es heisst, Bundesrat zu sein. Sie können mir glauben, dies ist nicht mein Lebenstraum. Als Bundesrat sind Sie praktisch rund um die Uhr auf Achse und ständig absorbiert. Gleichzeitig trägt man eine grosse Verantwortung und verfügt über wenig Lebensqualität und Freiheit. Diese Argumente hätten mich – wenn es ernst geworden wäre – schon zum Zögern gebracht. Als ich meine Politikkarriere in Bern

startete, sagte ich mir: Wenn künftig im Bundesrat eine CVP-Vakanz besteht, möchte ich am nächsten Tag meinen Namen in der Zeitung lesen. Das heisst, dass ich einen gewissen Leistungsausweis erreicht habe. Zumindest dies ist mir gelungen. Aber wie gesagt: Bundesratswahlen sind Konstellationswahlen. Und jetzt ist die Konstellation eine andere.

«Es ist in der Politik sehr schwierig zu sagen, wer «die/der Beste» ist.»

Jetzt wollte man unbedingt eine Frau für den Bundesrat. Aber eigentlich wäre es ja das Ziel, «die Beste/den Besten» zu wählen.

Dies ist eine Rhetorik, die mir fremd ist. Natürlich hat man einen Qualitätsanspruch, aber es ist in der Politik gar nicht so einfach zu sagen, wer wirklich «die/der Beste» ist. Zweifelsohne wird Frau Amherd eine gute Bundesrätin. Die Bundesversammlung wählt selten einen Bundesrat mit Ecken und Kanten, die Fraktionen schlagen kaum solche Personen vor, sondern vor allem jemanden, der ins Kollegium passt. Dabei sind Faktoren wie das Geschlecht oder die Region sehr wichtig. Bei der Wahl von Herrn Cassis vor einem Jahr wurde mir klar, dass auch ein schwächerer FDP-Kandidat gewählt worden wäre, Hauptsache, er kommt aus dem Tessin. Ähnliches galt jetzt: Das Parlament wie auch das Volk gewichteten die Geschlechterfrage sehr stark, stärker als das regionale Argument.

Für Sie als Intellektueller muss dies frustrierend sein.

Überhaupt nicht. Zudem ist «intellektuell» kein politisches Wertprädikat. Moritz Leuenberger inszenierte sich als Intellektueller. Sein Leistungsausweis als Bundesrat war aber viel magerer als derjenige der Nichtakademiker Willi Ritschard oder Adolf Ogi. Das Schweizer Parlament mag zudem keine Überflieger. Die Abwahl von Christoph Blocher fällt in dieses Kapitel. Man vergisst gerne, dass die Bundesräte immer von den anderen Parteien gewählt werden. Diese suchen Kandidatinnen und Kandidaten, die sie als konzilient und berechenbar einstufen können. Mir ist bewusst: Wäre ich angetreten, hätte ich das Parlament zwar nicht gleich gespalten, aber doch sehr viel Widerstand von links provoziert. Für viele Linke bin ich eine Reizfigur, nach wie vor.

Sie haben Christoph Blocher angesprochen. War diese Abwahl notwendig?

Nein, ich habe es schon damals kritisiert und sehe mich heute bestätigt: Die Jahre unter Eveline Widmer-Schlumpf waren acht verlorene Jahre. Der Finanzplatz Schweiz wurde durch sie entscheidend geschwächt. Christoph Blocher wäre ein etwas eigenwilliger Schweizer Bundesrat gewesen, aber mittlerweile längst zurückgetreten und politisch nicht mehr aktiv. Man hätte sich viel Lärm und auch Ärger erspart.

Eine philosophische Frage: Wer regiert eigentlich die Schweiz? Der Bundesrat, das Parlament, die Verwaltung oder das Volk?

Alle miteinander, aber niemand richtig. Das Schweizer System reduziert die Macht von Menschen über Menschen auf das absolute



Minimum, um die Freiheit des Menschen zu maximieren. Dies führt dazu, dass wir ständig Machtbrechungsinstrumente installieren. Wir haben – institutionell gewollt – die schwächste Regierung der Welt. Sie kann sich weder auf eine stabile Mehrheit im Parlament noch auf das Volk verlassen. Sie entscheidet immer unter Vorbehalt. Dies zeigen aktuell die Beratungen über den Rahmenvertrag deutlich.

Aber existiert dieser Rahmenvertrag noch?

Ja, es gibt ihn noch. Aber innerhalb des Bundesrates wird dieser Rahmenvertrag wie eine heisse Kartoffel hin- und hergeschoben. Niemand getraut sich, Verantwortung zu übernehmen. Theresa May, die englische Ministerpräsidentin, bezeichnet man hierzulande immer als sehr schwach. Diese Bewertung finde ich falsch. Im Gegensatz zum Schweizer Bundesrat hat Frau May mit der Europäischen Union einen Deal abgeschlossen und weiss, wie teuer der ganze Brexit kommt. Dagegen agiert unsere Regierung äusserst mutlos. Dies aus Angst vor dem Volk und dem Parlament. Ich teile die Auffassung der SVP überhaupt nicht, wonach die direkte Demokratie gefährdet sei. Das Volk ist hierzulande immer noch ein sehr starker Faktor. Dies habe ich auch den EU-Botschaftern gesagt, als ich sie vor einige Wochen wegen des Rahmenvertrages getroffen habe. Es ist doch besser, erklärte ich ihnen, man verhandelt noch ein bisschen nach und hat das Volk auf seiner Seite als umgekehrt.

Wie haben sie darauf reagiert?

Die Botschafter hören solche Aussagen gar nicht gerne. Irgendwann sei fertig verhandelt, sagten sie. Dies zeigt doch, wie das Verhältnis zur EU zu einer unfreundlichen Veranstaltung gegenüber der Schweiz oder England geworden ist. Die EU macht den grossen Fehler, dass sie Länder, die nicht ihrer Meinung sind, bestraft. Dies zeigt sich auch bei den Brexit-Verträgen. Die faktische Wegnahme von Nordirland ist eine reine Trotzmassnahme. In der europäischen Geschichte hat es sich aber gezeigt, dass solche Massnahmen nicht nur falsch sind, sondern auch ihre Wirkung verfehlen. Im Gegenteil: Europa wird instabiler wegen der EU.

Trotzdem sind viele Politiker Ihrer Couleur an der Macht. Beispielsweise Frau Merkel in Deutschland oder Herr Kurz in Österreich.



Gerhard Pfister

Der 56-jährige Gerhard Pfister wuchs auf dem Ägeriberg als Sohn eines Schulleiters auf, wo er auch die Primarschule besuchte. Danach wechselte er an die Klosterschule Disentis. Nach der Matura studierte er in Fribourg Literatur und Philosophie. Er doktorierte über den Schriftsteller Peter Handke. Ab 1987 arbeitete er am elterlichen Schulinternat als Lehrer für Philosophie und Deutsch. Nach dem Tod seines Vaters 1994 übernahm er das Schulinternat und führte es bis zur Schliessung 2008 weiter. 2013 haben seine Frau und er im Zuger Vorort Neuheim die Tagesschule Elementa gegründet. Zudem ist Pfister Mitglied und Präsident der Verwaltungsräte mehrerer Unternehmen. Von 1998 bis 2003 war Pfister im Kantonsrat des Kantons Zug. 1999 übernahm er das Präsidium der kantonalen CVP Zug. Bei den Schweizer Parlamentswahlen 2003 wurde er in den Nationalrat gewählt, bei den Wahlen 2007, 2011 und 2015 erfolgte seine Wiederwahl. Er ist seit 2003 Mitglied der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats und präsidierte diese von 2007 bis 2009. Auch ist er Mitglied in der Aussenpolitischen Kommission des Nationalrates. Am 23. April 2016 wurde Pfister trotz dieser Ausgangslage zum Präsidenten der CVP Schweiz gewählt. (Wikipedia)

Ja, Frau Merkel bin ich vor zwei Jahren begegnet. Vor ein paar Wochen hat uns Sebastian Kurz an einem parteiinternen Anlass besucht.

Sind die Verbindungen zwischen den C-Politikern stark?

Ja, im deutschsprachigen Raum tauschen wir uns regelmässig aus. Dabei kann man feststellen, dass Frau Merkel am Ende ihrer Karriere ist. Meine Parteikollegen haben nach dem Fall der Berliner Mauer den Fehler gemacht, dass sie Mittel- und Osteuropa nicht integriert haben. Dies zeigt sich gerade im Verhalten gegenüber der polnischen und vor allem der ungarischen Regierung. Hier dominieren auch Bestrafung und Ausgrenzung. Aber diese Haltung stärkt genau die Kräfte, die man eigentlich bekämpfen will. Deswegen halte ich sehr viel von Herrn Kurz, der dies erkannt hat. Er versteht es, wieder die klassische österreichische Mittler-Rolle zwischen west- und mitteleuropäischen Staaten zu übernehmen. Dies ist die letzte Chance.

Glauben Sie wirklich, dass es die EU in zwanzig Jahren nicht mehr gibt?

Wenn man die Äusserungen der italienischen oder ungarischen Regierung ernst nimmt – und man muss diese ernst nehmen –, bezweifle ich wirklich, ob die EU überlebensfähig ist. Ich bin der Meinung, dass die auseinanderdriftenden Kräfte innerhalb der EU immer stärker werden.

Welchen Einfluss hat ein Parteipräsident auf den Bundesrat?

Ein Bundesrat muss unabhängig von seiner Partei agieren können. Dasselbe gilt aber auch umgekehrt. Die Zusammenarbeit mit Doris Leuthard war schon deswegen fantastisch, weil wir einen Mittelweg zwischen Dreinreden und Akzentsetzen gefunden haben. Da sie selbst Parteipräsidentin gewesen ist, weiss sie, was dies bedeutet. Ein Parteipräsident ist für einen Bundesrat insofern wichtig, als er ihm die Unterstützung der eigenen Fraktion garantiert. Ohne eigene Fraktion haben Bundesräte im Parlament einen schweren Stand, dies hat die Widmer-Schlumpf-Ära gezeigt.

Nächstes Jahr sind Parlamentswahlen.

Da besteht die Gefahr, dass die CVP unter die ominöse 10-Prozent-Hürde fällt.

Ich bin vollkommen überzeugt, dass dies nicht geschehen wird. Analysiert man die letzten vier kantonalen Wahlen im ablaufenden Jahr, so haben wir prozentual Wähleranteile oder Sitze in Regierungen und Parlamenten gewonnen. Ich behaupte jetzt nicht, dass dies der grosse Turnaround sei. Aber zumindest konnten wir uns stabilisieren. Für mich sind die Wahlen von 2019 Stabilisierungswahlen, während wir 2023 stärker zulegen müssen. Derzeit hoffen wir, dass der Ständeratssitz in St. Gallen von Frau Keller-Sutter, die in den Bundesrat gewählt wurde, von der CVP zurückerobert werden kann. Dann könnten wir unsere führende Position im Ständerat stark ausbauen. Wenn man über die CVP spricht, vergisst man dies gerne, so wie man oftmals auch übersieht, dass die CVP mit ihrer Integrationskraft die letzte klassische Volkspartei der Schweiz ist.

«Einer, der die Schweiz zusammenhält», schrieb Ihr Parlamentskollege Roger Köppel in der «Weltwoche» über Sie.

Genau, mit dieser Formulierung hat Roger Köppel recht, wenn er einen Kernsatz unseres Leitbilds zitiert. Ich bin überzeugt, dass sich in der Schweiz das Bewusstsein, dass es zumindest noch eine «staatstragende Partei» braucht, verstärken wird. Diese Formulierung stammt übrigens vom bekannten Politologen Claude Longchamp. Diese Rolle übernehmen wir.

Aber warum befand sich die CVP in den letzten Jahren in einem solchen Sinkflug?

Ich glaube, das hat viel mit dem Zeitgeist zu tun. Die Schweizerinnen und Schweizer haben jahrelang jene Parteien bevorzugt, die sich zur Schärfung ihres Profils jeglicher Problemlösung widersetzt haben. Nun ändert sich diese Haltung.

Wie wichtig ist das C noch bei der CVP?

Sehr wichtig. Als ich vor zwei Jahren Parteipräsident wurde, wollte ich von unseren Mitgliedern wissen, ob wir in Zukunft auf dieses C verzichten wollen. 80 Prozent waren dagegen. Aber wir müssen das C mit Inhalten füllen. Ich realisiere, dass die Wertfragen in unserer Zukunft wieder wichtiger werden. Vor zehn Jahren war es viel schwieriger, Kandidierende auf unseren Listen zu motivieren – und dies hing mit dem C zusammen. Heute ist dies keine Frage mehr. Die Gefahr des C

besteht beim «Frömmeln», aber auch beim Anspruch der Bevölkerung, uns mit ganz anderen Ellen zu messen.

In den vergangenen Wochen lieferte Ihr Personal auch genügend Skandale.

Wir erheben nicht den Anspruch, bessere Menschen zu sein. Aber das C bedeutet schon, dass man uns stärker beobachtet und bei unserer Art des Politisierens strengere Normen auferlegt. Das müssen wir als C-Partei akzeptieren. Macht aber jemand von uns einen Fehler, bedeutet dies nicht, dass die Werte, hinter denen wir stehen, sogleich hinfällig werden. CVP-Politik ist immer eine Gratwanderung zwischen Nicht-Frömmeln und einer dennoch klar werteorientierten Politik. Gleichzeitig wollen wir auch nicht einen übermenschlichen Massstab an unsere Politiker stellen. Aber als CVPLer muss man sich bewusst sein, dass die Öffentlichkeit uns strenger beurteilt als andere Parteien.

Hängt dieses Wiedererstarken des C auch mit der Islamangst zusammen?

Zweifellos, obwohl sich diese Islamangst aufgrund der Sicherheitslage in der Schweiz nicht aufdrängt. Anders sieht es aber bei der Integration aus. Der Islam stellt Fragen an den Westen, die wir beantworten müssen – und zwar intelligent. Dazu gehört die Frage, wie wir mit Menschen umgehen, die die Religionsfreiheit ausnutzen und unseren Rechtsstaat bedrohen. Dabei hilft uns nur die Rückbesinnung auf unsere Werte und unsere Identität. Hätte jemand vor fünfzehn Jahren gesagt, dass Identitätsfragen einmal wieder wichtig würden, hätte man ihn höchstwahrscheinlich belächelt. Aber in der Zwischenzeit ist sehr vieles passiert. Bis 1989 prägte der Ost-West-Konflikt die Politik, in den Neunzigerjahren ging man davon aus, dass nur der Kapitalismus die Welt beglücken und Frieden von selbst eintreten würde. Dabei hat man aber übersehen, dass es auf unserer Erde Regionen und Kräfte gibt, die den Westen immer noch als kolonialistisch einschätzen. Die Tatsache, dass sich viele dieser Menschen mittlerweile bei uns im Westen befinden, macht die ganze Ausein-

dersetzung so schwierig. SP-Präsident Christian Levrat hat mir vor zwei Jahren vorgeworfen, dass ich mit solchen Überlegungen den Kulturkampf hinaufbeschwöre. Mittlerweile muss er aber auch einsehen, dass es sogar bei den Sozialdemokraten Leute gibt, die gleich denken.

Themenwechsel: Sie selbst sind sehr aktiv auf Twitter. Hat Donald Trump Sie dazu inspiriert?

(Lacht.) Nein, nein, das hat gar nichts mit Trump zu tun. Die amerikanische Philosophin Susan Neiman hat das Medium Twitter in ihrem Buch «Why Grow Up?» (Warum erwachsen werden?) mit Haikus, also Zengedichten, verglichen, ein sehr schönes Bild, finde ich. Was mich an Twitter fasziniert, sind der Zwang zur Kürze, die Schnelligkeit der Debatte und das Angriffige. Es ist nicht gut, dass die Zeichenzahl von 140 auf 280 erweitert wurde.

Twitter ist nicht ganz ungefährlich.

Es ist nicht ganz risikofrei. Es gibt sicherlich Tweets, die man nachträglich besser anders

ANZEIGE



 **SBB CFF FFS**

Gute Nachricht für die Buchhaltung.

Mit SBB Business Travel Zeit, Geld und Ärger sparen und die Reisekosten einfach und schnell verbuchen.

Du bist meine SBB.

Mehr erfahren: sbb.ch/business



formuliert hätte. Aber wer austellt, muss auch einstecken können. Das gehört zum Business. Ich finde die Diskussionskultur in der Schweiz manchmal gar betulich. Was ich sicherlich immer abblocke, sind primitive und auch anonyme Angriffe.

Auf Twitter konnte man lesen, dass Sie gegenüber der SRG ein gespaltenes Verhältnis haben.

Ja, das kann man wirklich sagen. Die SRG, aber auch die anderen staatsnahen Unternehmen argumentieren nicht sauber. Sie nehmen immer das Beste aus beiden Welten: aus der Staats-, aber auch der Wirtschaftslogik. Geht es um die Saläre und ihre Privilegien, so argumentieren sie als Wirtschaftsunternehmen, das sich einem Wettbewerb stellen muss. Geht es hingegen um Besitzstandswahrung und das Ausschalten der Konkurrenz, so berufen sie sich auf einen staatsnahen Service-public-Auftrag. Dies ist nicht ganz redlich. Gleichzeitig darf man jedoch feststellen, dass der frühere SRG-Generaldirektor Roger de Weck viel missionarischer und auch erzieherischer unterwegs gewesen war als sein Nachfolger Gilles Marchand, der eher ein angelsächsisches Medienverständnis hat und als echter Romand auch aus einem Landesteil kommt, wo die SRG sich bessere Akzeptanz geschaffen hat. BBC ist ein hervorragendes Unternehmen, hat aber keineswegs das Gefühl, das ganze Land mit seinen Programmen beglücken zu müssen. Herr de Wecks Auftritt erzeugte zweifelsohne viel Widerstand.

Spürten Sie nach solcher Kritik die Rache des Imperiums?

Ja, ich habe die Rache des Imperiums oftmals gespürt. Die SRG liess einige Male die Muskeln spielen.

Wurden Sie nicht mehr in die «Arena» eingeladen?

Nein, aber die SRG-Spitze, nicht die Journalisten, hat mir schon ab und an zu verstehen gegeben, dass ich mich in meiner Kritik doch ein wenig mässigen solle. Diese Beschwörungen kamen meist von Parteikollegen. Sie wissen ja, SRG und CVP sind sich doch sehr nahe.

Stört Sie das?

Ja. Was hat eine Partei davon, wenn einige ihrer Mitglieder bei der SRG ein gutes Pöst-

chen haben? Jetzt habe ich mit der SRG erneut Mühe. Ich habe mich vor einem Jahr klar gegen No Billag positioniert, weil ich bei Annahme der Initiative einen grösseren Kahlschlag befürchtete. Während des Abstimmungskampfes hat die SRG immer wieder ihren klaren regionalen Auftrag hervorgehoben. Kaum ist die Abstimmung aber gewonnen, fällt die SRG völlig unbegreifliche, fatale Fehlentscheidungen, indem sie die Radiojournalisten von Bern an den Standort Leutschenbach zügelnd lässt. Wäre es wirklich um die Kosten gegangen, hätte man beispielsweise die SRG-Verwaltung von der Giacomettistrasse nach Zürich auslagern können. Dies wäre journalistisch überhaupt nicht relevant gewesen.

Aber warum stört Sie dieser Entscheid so?

Ich halte diese Zügelaktion für das Image der SRG für absolut katastrophal. Es ist mir unbegreiflich, warum der Verwaltungsrat diesem Vorschlag, der neue Angriffsflächen schafft, zugestimmt hat. Es braucht nicht viel Fantasie, um festzustellen, dass eine Halbierungsinitiative, die jetzt lanciert würde, gute Gründe hätte, angenommen zu werden. Dieser Entscheid hat die Raison d'Être der SRG verletzt. Gerade in der Politik hat man damit sehr viel Goodwill verloren. Ich bin überzeugt, dass sich dies noch rächen wird.

Sie selbst sind medienpolitisch sehr aktiv.

AZ-Verleger Peter Wanner fordert eine Erhöhung der indirekten Presseförderung auf 70 Millionen Franken. Wie stehen Sie dazu?

Ich bin in die Medienpolitik hineingerutscht, weil ich seit Beginn meiner Amtszeit Mitglied der staatspolitischen Kommission bin. Medienpolitik war früher in Bern kein grosses Thema. Voraussetzen möchte ich, dass ich, wäre ich selbst Verleger, keine Ahnung hätte, wie ich das ganze Problem lösen könnte. Gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass sich das Geschäftsmodell des Journalismus massiv verändert. Mittelfristig braucht es keine Verlagshäuser mehr, um Journalismus zu betreiben. Die Funktion der reinen Berichterstattung wird immer unwichtiger, weil sie auch ohne Journalismus geschieht. Was hingegen bleibt, ist das Interesse an der Einordnung. Die Frage, die sich stellt, ob jemand in naher und auch ferner Zukunft dafür zahlen will. Zunehmen werden die Quersubventionierungen. Persönlich macht mir die zunehmende Medien-

konzentration Sorgen – auch wenn dies höchstwahrscheinlich viele Leser gar nicht bemerken, da sie kaum mehrere Tageszeitungen konsumieren. Aber der Mainstream im Journalismus nimmt zu, die Vielfalt ab.

Und die indirekte Presseförderung?

Ich halte es für falsch, dass die Verleger jetzt nach dem Staat rufen. Die Gewinne privatisierte man jahrzehntelang, mögliche Verluste will man jetzt sozialisieren. Gerade von einem liberalen Menschen wie Peter Wanner hätte ich dies nicht erwartet. Aber vielleicht müssen wir uns mit der bitteren Tatsache abfinden, dass es irgendwann keine Zeitungen mehr gibt. Vielleicht ist der Journalist, wie man ihn heute kennt, ein aussterbendes Relikt. Das Berufsbild wandelt sich enorm, auch die Organisation, wie journalistische Dienstleistungen auf dem Markt bestehen können. Aber auch den Hufschmied gibt es heute nicht mehr, ohne dass dadurch gleich die Schweiz ins Elend gestürzt wäre. Was meines Erachtens nicht aussterben wird, ist wie gesagt das Bedürfnis nach einer journalistischen Einordnung. Mit grossem Interesse verfolge ich Projekte wie die «Republik». Doch auch hier stellt sich die Frage: Geht es langfristig ohne Mäzenatentum? Lässt sich Journalismus so verkaufen, dass man allein davon leben kann? Oder schafft man es, im digitalen Zeitalter auch andere Einkünfte als die aus der Werbung zu generieren? Grosse Medienkonzerne verdienen ihr Geld längst nicht mehr mit Journalismus, sondern finanzieren ihn – im Gegenteil – quer aus anderen Geschäften.

Das tönt ja alles sehr pessimistisch.

Nicht pessimistisch, aber besorgt. Die direkte Demokratie lebt von der Diskussion, der Debatte, den verschiedenen Ansichten – wofür Medien essenziell sind. Und ich sehe auch Chancen, gerade in der Digitalisierung. Auch für die Parteien, die unabhängiger werden von den Medien. Und als Christ glaube ich ohnehin, dass alles immer wieder gut kommt. Dieses Grundvertrauen müssen Christdemokraten haben. □